

Sächsische Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1909. Nr. 578.

für Anhalt und Thüringen.

Sabergang 202.

Zweite Ausgabe

Druckerei für Halle a. S.: Beilagerstraße 87, Hinterhaus.
Die Sächsische Zeitung erscheint wöchentlich zwölf mal. — Gratiis-Beilagen: Sächsischer
Kurier (Abt. Zeitungsverk.), 31. Unterhaltungsblatt (Sonntagsausgabe), Sächs. Mitteilungsblatt.

Geschäftsstelle in Halle a. S.: Beilagerstraße 87, Hinterhaus.
Telephon 158; Redaktions-Telephon 1272. Eing. Nr. Braunhaustr. 1.
Verleger: Dr. Walter Oelsenleben in Halle a. S.

Freitag, 10. Dezember 1909!

Einzelgebühren f. d. Postbezugsstellen oder deren Raum f. Halle a. S. in der Postzeitung
20 Wg., auswärts 20 Wg. Resten am Schlus der redaktionellen Zeile die Zeile 100 Wg.
Anzeigen-Annahme f. d. Expedition in Halle a. S. u. in allen bekannten Annoncen-Expeditionen.

Geschäftsstelle in Berlin: Beilagerstraße 14.
Telephon Amt VI Nr. 16 290.
Druck und Verlag von Otto Zietze in Halle a. S.

Neu Sozialpolitik.

Die Maßgebenden sind wieder feineinander und haben auch bereits die ersten Anfangsversuche ausgeführt. Die Frage der Neuorganisation der neuen Session mit so erhellender Klarheit gekennzeichnet, daß schon hierin ein gewisses Programm ausgeprägt erscheint. Dieses Programm ist getragen von Rücksichtsvolligkeiten und möchte die Stimme der Verantwortlichkeit zur Geltung bringen. Wer das will, wird auch in sozialpolitischen Dingen die einigenden Momente hervorheben und die Unzulänglichkeiten stillschweigend übersehen. Dennoch wird auch die Sozialpolitik nicht mehr im alten Sinne wandeln dürfen. Denn von ihr flattert die Fahne der Fortschrittlichkeit immer wieder selbst dann empor, wenn im übrigen der parteipolitische Haß in den Köpfen wohnt. Es ist selbstverständlich, daß nicht ohne an den Grundgedanken der sozialen Bewegung, wie sie zuerst bestanden, umsonden gerückt werden soll, bevor es ist andererseits auch notwendig, daß die weiteren Schritte auf dem sozialpolitischen Wege mit einem größeren Bewußtsein erfolgen müssen als bisher. Auch der erfolgreiche Erfolg der früheren Reichstagskammer vor etwa drei Jahren fand das Wort: „Um erst recht Sozialpolitik!“ Unlauf und Anfang. Damals hieß es, daß die wichtigsten Niederlagen der Sozialdemokratie keinen Anlaß bieten dürften, im fleißigen Fortspinnen des sozialpolitischen Lebens innezuhalten. Jetzt stehen wir einer „umgekehrten“ Tatsachenreihe gegenüber: Die rote Flut schwillt, wie fast jede Neuwahl für staatliche oder kommunale Parlamente erkennen läßt, mit unheimlicher Konsequenz höher und höher an. Werden auch jetzt wiederum die ewig unüberlebenden bürgerlichen Sozialreformer den Mut haben, sich zu bekennen, daß nun erst recht der Sozialpolitik neue Klänge aufgeschichtet werden müssen?

Wenn die Zeichen der Zeit eine Deutung zulassen, so möchten wir dem neuen Kongreß vertrauen, daß er auch in der Sozialpolitik das Prinzip weiser Zurückhaltung zur Geltung bringen wird. Die zu einem Ungeheißer angewandene Gewerkschaftsbewegung habe er ihrer verkehrten Wirkungsweise beraubt, indem er sie zerstückelt und nur solche Teile dem Reichstag zu präsentieren genehmigt, bei denen eine Verständigung unter den Parteien erreichbar scheint. Des Arbeitersamergesetzes ferner wird in der Erklärung überaus nicht Erwähnung gemacht, was wohl der Erklärung gleichkommt, daß dieser Störenfried vorläufig zur Ruhe gesetzt ist. Die Reichsversicherungsordnung endlich wird zwar, wie angeklagt wird, dem Reichstag vorzulegen werden, gewiß aber nicht in der anfänglich beabsichtigten Form. Man darf wohl darauf rechnen, daß nach der sehr gründlichen publizistischen Ausarbeitung über den ersten Entwurf die schwersten Steine des Anstoßes beiseite sind. Die Reform der Versicherungsgegebung ist seit vielen Jahren von allen Seiten des Hauses dringend gefordert worden und die Regierung hat so oft die Vorlegung eines Reformplanes zugesagt, daß sie sich schließlich der Aufgabe gar nicht entziehen kann, das Ergebnis ihrer jahrelangen Beratungen dem Reichstag zur Prüfung vorzulegen. Wenn zur Vereinfachung und Zusammenlegung der verschiedenen Versicherungsgebiete bewährte Maßnahmen überhaupt ergreifen werden sollen, so muß vor allem auch das Notum des Reichstages eingeholt werden. Bei der Stoffverteilung für die nächste Session ist es ausgeschlossen, daß bei diesem Thema neue Entwürfe werden anknüpfen können.

Die behäufte Überlegung, mit der die Regierung die sozialpolitischen Fragen diesmal dem Reichstag servieren will, wird den vorwärtsdringenden Gesichtspunkten vornehmlich wenig behagen. Durch ihr misgünstiges Stollen dürfen wir uns aber nicht beirren lassen. Die liberalen Steuerminister haben mit dem Worte „Reaktion“ in Anwendung auf ihre Gegner so viel streben und getrieben, dem Fundamente höherer Ziele aufreißende Wirkung unter dem Banner der Reformen zu tun, so muß vor allem auch das Notum des Reichstages eingeholt werden. Bei der Stoffverteilung für die nächste Session ist es ausgeschlossen, daß bei diesem Thema neue Entwürfe werden anknüpfen können.

Deutsches Reich.

* E. Majestät der Kaiser empfing am Donnerstag vormittag im Neuen Palais bei Potsdam den Fürsten zu Lippe zur Meldung anlässlich der Stellung à la suite des I. Garde-Infanterieregiments und hörte die Vorträge des Kriegsministers, des Chefs des Generalstabs und des Chefs des Militärkabinetts.

* Todesfall. In Stuttgart ist Direktor Wilhelm v. Stierlin, Vorstand der Verwaltungsbteilung der Königl. Generaldirektion der Eisenbahnen und Mitglied des Rates der Verkehrsanstalten, gestorben.

* Anträge an den Reichstag. Die Abg. Baffermann und Genossen brachten im Reichstag folgende Anträge ein: Den Reichstagen zu ersuchen, einen Gesetzentwurf einzubringen, wodurch der Bezugswort gegen die Presse im Straf- und Disziplinarrecht aufgehoben wird, ferner einen Gesetzentwurf über die Verwaltung der Einnahmen und Ausgaben des Reichs sowie einen Gesetzentwurf betreffend Einziehung und Befugnisse des Rechnungsführers des Deutschen Reichs, ferner das Recht auf einen bestimmten Sonntag festzusetzen, dann die Reichstagen Resolutionen zum Vorlage eines Gesetzentwurfes zu erlassen, die sozialen Bestimmungen des Handelsgesetzbuchs auf die fremdsprachigen Beamten auszuweiten. Einen ähnlichen Antrag brachte die Wirtschaftliche Vereinigung, der jedoch weitergesetzt und u. a. die Abschaffung der Kontingenzklause für diese Beamten verlangt. Endlich beantragten Baffermann und Genossen einen Gesetzentwurf betreffend Erhöhung resp. Abänderung der Gehälter für Reichsbeamte.

Deutscher Reichstag.

8. Sitzung vom 9. Dezember, 1 Uhr.

Am Bundesratspräsidenten v. Bethmann Hollweg, Dr. Brüch, Wermuth, Kraetzle, v. Schön, v. Tirpitz, Dernburg, Lisco und andere Kommissare.

Die Tribünen sind sehr stark besetzt, besonders auch die Diplomaten- und Bundesratstribüne. In der Hofloge der Chef des Generalstabes v. Wolke, Generaladjutant v. Pflesser u. a.

Auf der Tagesordnung steht die

erste Lesung des Etats

Reichstagskanzler v. Bethmann Hollweg: Der Etat, in dessen Beratung Sie heute eintreten, ist mit besonderer Voracht aufgestellt worden. Das zu tun, war für die verbündeten Regierungen die erste praktische Forderung aus dem Ereignissen der letzten Session. Die Einnahmen sind zu veranschlagen, daß sich nach menschlicher Voraussicht das Ist mit dem Soll decken wird. Allen Anforderungen für die Aufrechterhaltung unserer Wehrmacht ist genügt. Allgemeine Wirtschaft war es, in keinem Ressort das Maß des unbedingt Notwendigen zu überschreiten. Der Anleihenbedarf ist soweit wie irgend möglich eingeschränkt worden. Mit den Regierungen werden die Parteien darin übereinstimmen, daß es unsere erste Aufgabe ist, dem Reiche eine solide Finanzgebarung zu sichern. (Sehr richtig.) Und bei der Lösung dieser Aufgabe werden auch die Parteien wieder zusammenarbeiten müssen, die über den Steuern auseinandergeraten sind, müssen ihre politischen Differenzen fortbauen oder zurück. Auf die Vorgänge der damaligen Zeit weisen ich nicht zurück; ich kann mir davon keinen Nutzen für die vor uns liegenden Geschäfte versprechen. (Sehr richtig rechts und im Zentrum.) Nur einen Punkt muß ich kurz berühren. Man hat gefragt, und man hat diese Frage mit Vorwürfen begleitet, weshalb die Regierung in dem Kampf über die Steuererlagen nicht eingegriffen hätte. Es ist nicht richtig, daß sich die Regierungen in diesem Kampf untätig verhalten hätten. Was in den Streitigkeiten unmittelbar greifbar war, das waren unrichtige Berechnungen über die Werteverzinsung einzelner Verbrauchsgüter durch die neuen Steuern. Diesen unrichtigen Berechnungen sind die verbündeten Regierungen in einer großen Reihe von Verhandlungen und auffällenden Artikeln entgegengetreten. Sie haben es allerdings getan, ohne sich in die Parteipolitik einzumischen. Das haben die Regierungen unterlassen nicht aus theoretischen Gründen, nicht weil es ihnen an Mut gebricht hätte, für die Bedürfnisse der Parteien einzutreten, die sich am letzten Ende über die Bewilligung von Steuern in genügender Höhe verhandeln hatten, sondern lediglich, weil es keinen praktischen Erfolg gehabt hätte. Verschieden hätten sie die lebensschaffende Agitation nicht. Dazu war die politische Erregung zu groß, dafür ist die Kritik an jeder neuen Steuer zu leicht. (Sehr richtig rechts und im Zentrum.) Anlaß zu berühren, hätten die verbündeten Regierungen lediglich den Kampf ihrerseits immer aufs neue wieder angezettelt. Ueber die Verantwortung, die die Regierung übernimmt, als sie den Beschlüssen des Reichstages zustimmt, ist sie sich nie im Zweifel gewesen, ebenso wenig wie sie sich aus einer Augenblick der Hüt von Rücksichten entziehen, die wegen dieser Zustimmung gegen sie gerichtet wurden. Aber genau wie im Jahr dieses Jahres sind die Regierungen noch heute fest davon überzeugt, daß nur durch dieser Zustimmung möglich werden konnte und möglich worden ist, ihnen einen Etat vorzulegen, der eine allmähliche Gesundung unserer Reichsfinanzen verspricht. (Sehr richtig rechts.) In der Rede sind die hauptsächlichsten Gesichtspunkte bezeichnet worden, die den Reichstag diesen Winter beschäftigen werden. Man hat zum Teil erwartet, daß zu dem aktuellen Programm noch ein allgemeines Finanzprogramm wird. Diese Erwartung entspricht, wie mir scheint, in erster Linie Parteivorfürsichten, Daßer denn auch das weitere

Verlangen nach programmatischen Erklärungen darüber, auf welche Parteikonstellationen die verbündeten Regierungen sich stützen können. Was für Vorstellungen sind es, welche diese Frage eingeben? So entschieden es die Parteien von jeder abgesehen haben und noch absehen, Regierungspartei zu sein, und ich persönlich kann das durchaus verstehen — so wenig wird in Deutschland jemals eine Regierung Parteiregierung sein können. (Sehr richtig rechts.) Stürmische Unterbrechungen durch die Sozialdemokraten, Präsident Graf Stolberg bittet, den Redner nicht zu unterbrechen. Von den Rednern wird durch lauten Beifall gemeldet, was erneute Ausbungen der Sozialdemokraten und Freisinnigen veranlaßt. Redebur (Sog.) ruft: Die konservative Regierung besteht schon seit langem! Der Präsident schließt mit der Glode Ruhe. Der Reichstagskanzler fährt fort: Die Schwierigkeiten, die sich daraus ergeben, mit ihnen hat nach jeder deutsche Staat zu kämpfen gehabt. (Sehr richtig rechts.) Und in diesem Verhältnis, das in der Gegenwart unseres Vaterlandes und in unserer staatlichen Institutionen begründet ist (Widerpruch links), hat auch die letzte Krisis keinen deut geändert. (Beifall rechts, Widerspruch links.) Meine Herren, es ist gewiß, der Radikalismus hat ein lebhaftes Interesse daran, ganz Deutschland in zwei politische Lager zu trennen, je nach der Stellung, die die einzelnen Parteien zu den einzelnen Teilen der Steuererlagen einnimmenden haben. (Zustimmung rechts, Laufen links.) Er macht ausgezeichnete Geschiefe dabei. (Beifall links, rechts, Gelächter links.) Aber dieser Dualismus ist eine Fiktion, die zwar zu Parteizwecken ausgenutzt wird, die aber trotz der Verwirrung, die bei uns eingegossen ist, auf die Dauer nur festgehalten werden kann, wenn man Gebären unserer politischen Entwicklung große Parteien auf ihre Geschäfte, auf ihre Tradition und auf ihre Ziele verzichten wollen. (Beifall rechts, Widerspruch links.) Ich kann Ihnen Vorteil sehen, den das Land davon hätte, wenn es gelang, den Gegensatz, der sich über den neuen Steuerentwurf hat, nun für alle Ewigkeit auf unsere gesamte politische Entwicklung fortzuwirken zu lassen. (Sehr richtig.) Eine absprechende Kritik ist die gegenwärtige Situation dadurch besonders zutreffend kennzeichnen zu müssen geglaubt, daß sie einer Periode der Stagnation sprach. Ja, auch das geschmackvolle Wort „Fortwärtigkeit“ ist angewandt worden. Das gelang wurde, den Reichstag würden in diesem Winter nur geschäftsmäßige mühsame Vorlagen und keine Fragen von hochpolitischer Bedeutung beschäftigen. Ich sehe nichts, was ein solch absprechendes Urteil begründet. Wenn der Reichstag die ihm angelegentlichsten Vorlagen erledigt, dann wird er mit Genugtuung darauf zurückblicken, welche Arbeit geleistet zu haben. Und ist es denn richtig, daß diese Vorlagen so geschäftsmäßig niederen sind, so jeden politischen Interesses entbehren? Wenn man auf manche Stimme draußen hört, dann gewinnt man allerdings den Eindruck, als ob unsere politischen Herren bereits so abgemüht wären, daß bedeutungsvolle Vorlagen der Sozialpolitik, der Reichsjustiz, die ihnen angelegentlichst worden sind, Fragen, die jahrgelänglich auf das festliegende von den Parteien unstrittigen werden sind, deren Lösung als ein dringendes politisches Bedürfnis bezeichnet wurde, — ich sage, man gewinnt den Eindruck, als ob Fragen von solcher Bedeutung welche politische Interesse verloren hätten in dem Augenblick, wo wir praktisch an ihre Lösung herantraten. (Sehr richtig.) Ich verhoffe meine Augen nicht vor der parteipolitischen Erregung, die das Land durchzieht. Aber ich bin doch der Ansicht, daß es weite Kreise gibt, denen nicht darum zu tun ist, nur mit einer ganz scharf begrenzten Kraft, womöglich mit grundsätzlichen Änderungen, gehäuft zu werden, sondern daß es weite Kreise unseres Volkes gibt, welche auf die Dauer nicht von der politischen Sensation und nicht von der Verzögerung leben wollen. (Sehr richtig rechts und im Ztr.) Was das Volk in erster Linie verlangt, das ist doch, daß es in seiner wertvollsten Arbeit, muß diese wirtschaftlicher oder kultureller Art sein, aber drauhen auf dem Weltmarkt nicht durch Unruhe oder Experimente gehindert wird, sondern es will durch eine Politik der Stetigkeit und Festigkeit im Innern und nach Außen gestützt und gefördert werden. (Sehr richtig rechts und im Zentrum.) Zurufe der Sozialdemokraten.) Glaube man denn nun wirklich, daß dieses Verlangen, das die Vielgestaltigkeit der Bedürfnisse unseres Volkes, die sich nach der Gegenwart der einzelnen Volksschichten je nach der Verschiedenheit der wirtschaftlichen Verhältnisse im Süden und Norden, im Osten und Westen unseres Vaterlandes in ganz verschiedenen politischen Forderungen äußert, glaubt man denn, daß dieses Verlangen erfüllt wird, wenn auch nur diese Gesetzesvorlagen unter das eine Schema gestellt werden, das nichts anderes kennt als die Schlagworte Radikalismus und Reaktion? Jede gesunde Entwicklung, jeder vernünftige Fortschritt wäre dann unmöglich. (Sehr richtig rechts.) Gewiß, zu dem Leben einer jeden Nation gehörte der politische Kampf. (Zurufe links: Also doch!) Aber keine Nation verdrängt es auf die Dauer, durch sensationell zugedrehte parteipolitische Streitigkeiten in Atem gehalten zu

